



# Sudetendeutsche Zeitung

Die Zeitung der Sudetendeutschen Landsmannschaft

Reichenberger Zeitung <sup>161. Jahrgang</sup>

HEIMATBOTE

Heimatruf

VOLKSBOOTE

Jahrgang 74 | Folge 10 | 2,80 EUR · 75 CZK | München, 11. März 2022

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt  
Sudetendeutsche Verlagsgesellschaft mbH · Hochstraße 8 · D-81669 München · eMail [zeitung@sudetende.de](mailto:zeitung@sudetende.de)

B 6543



Bayerns Familien- und Sozialministerin Ulrike Scharf besuchte am Sonntag die Freie Wohlfahrtspflege und informierte sich bei den Mitarbeitern des Ukraine-Hilfetelefon über die aktuelle Lage. Fotos: Torsten Fricke

Unterstützung unter Telefon (0 89) 54 49 71 99

## Sozialministerin Ulrike Scharf startet Ukraine-Hilfetelefon

Sie sprechen Ukrainisch, Russisch, Deutsch und Englisch und können als erste Anlaufstelle Flüchtlinge, aber auch Deutsche, die helfen wollen, an die richtigen Gesprächspartner vermitteln.

Als erstes Bundesland hat Bayern, initiiert von Familien- und Sozialministerin Ulrike Scharf, ein Ukraine-Hilfetelefon eingerichtet.

Erreichbar ist das Hilfetelefon unter der Nummer (089) 54 49 71 99 (Montag bis Freitag von 8.00 bis 20.00 Uhr, Samstag und Sonntag von 10.00 bis 14.00 Uhr) oder per Email an [Ukraine-hotline@freie-wohlfahrtspflege-bayern.de](mailto:Ukraine-hotline@freie-wohlfahrtspflege-bayern.de).



Staatsministerin Ulrike Scharf mit (von links) Landes-Caritasdirektor Prälat Bernhard Piendl, Nicole Schley, Landesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt und Vorsitzende der Freien Wohlfahrtspflege Bayern, Wilfried Mück, Geschäftsführer Freie Wohlfahrtspflege, und Anton M. aus der Ukraine, der das Hilfetelefonteam leitet.

Weltweites Entsetzen über den russischen Angriffskrieg

# Putins Völkermord an den Ukrainern – Zwei Millionen Menschen auf der Flucht

Stoppt den Völkermord. Stoppt die Vertreibung. Putins Angriffskrieg auf die Ukraine sorgt weltweit für Entsetzen. Die aktuellen TV-Bilder lassen gerade bei vielen Sudetendeutschen schlimmste Erinnerungen hochkommen. Auch die Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die an diesem Wochenende in München tagt, wird sich mit den Kriegsverbrechen an der ukrainischen Zivilbevölkerung intensiv beschäftigen.

Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen geht davon aus, daß bereits zwei Millionen Menschen in der Ukraine auf der Flucht vor Putins Bomben und Panzern sind. Unter den Flüchtlingen sind vor allem Frauen, Kinder und Senioren, da die Männer im Zuge der Generalmobilmachung gegen die vorrückende russische Armee kämpfen. Die meisten Betroffenen hätten Unterschlupf in den Nachbarstaaten Polen, Ungarn, Rumänien, Moldau und der Slowakei gefunden. Viele Ukrainer seien aber auch weitergereist, unter anderem nach Deutschland. Die Forderung nach Flucht-Korridoren sieht der Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, Christian Reuter, „durchaus zweischneidig“. Natürlich sei es gut, wenn möglichst viele Menschen gerettet werden könnten, sagte er im ZDF. Der Weg über eine solche Fluchtroute dürfe aber nicht zur Konsequenz haben, daß alle Menschen, die diese nicht nutzen, ungeschützt bleiben und „zum Angriffsziel werden“.

Die Forderung nach Flucht-Korridoren, wie es sie in Kriegen in Tschetschenien und Syrien gab, habe deutlich zugenommen, so Reuter – und zwar „genau mit dieser Intention, daß es nicht in erster Linie darum geht, Menschen zu retten“. Vielmehr wer-

de eine solche Fluchtroute zum „militärischen Instrument, um dann noch ungehemmter schießen und bombardieren zu können“. Reuter: „Niemand der Zurückbleibenden darf als vogelfrei gelten.“

Unterdessen hat der Generalbundesanwalt Ermittlungen wegen möglicher russischer Kriegsverbrechen in der Ukraine aufgenommen. Die Behörde habe konkrete Anhaltspunkte für bereits begangene Kriegsverbrechen, sagte Bundesjustizminister Marco Buschmann der Passauer Neuen Presse. Dabei handele es sich um ein sogenanntes Strukturermittlungsverfahren. Bei einem solchen Verfahren geht es zunächst darum, ohne konkrete Beschuldigte möglichst breit Beweise zu sichern. Diese Informationen sollen später dazu dienen, Einzelne strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.

Um die medizinische Versorgung in der Ukraine vor dem Kollaps zu bewahren, hat die Bundesärztekammer Ärzte dazu aufgerufen, sich für Hilfesätze zur Verfügung zu stellen. Die Kammer zeigte sich „tief besorgt“. Die Kämpfe zerstörten die medizinische Gesundheitsversorgung in den betroffenen Gebieten und gefährdeten die Gesundheit und das Leben auch der nicht unmittelbar von den Kriegshandlungen betroffenen Bevölkerung.

Während auch Deutschland weiterhin Waffen an die ukrainische Armee liefert, wird ein Einsatz der Nato von allen relevanten



Dieses in den sozialen Medien vielfach geteilte Bild macht die dramatische Situation der Flüchtlinge deutlich. Am Bahnhof der stark umkämpften 1,5-Millionen-Einwohner-Stadt Charkiw warten Tausende Ukrainer auf einen Platz in einem der Züge.

Politikern kategorisch abgelehnt. „Diese Linie muß klar gehalten werden. Wir kommen sonst in ein unermessliches Risiko eines Krieges, der wiederum Weiterungen haben kann, die sich kein Mensch vorstellen kann“, warnte der CDU-Politiker Norbert Röttgen vor einer weiteren Eskalation, die zu einem Dritten Weltkrieg führen könnte.

Die Ukraine hatte die Nato immer wieder aufgefordert, zumindest eine Flugverbotszone über ihrem Land robust durchzusetzen, um so vor russischen Luftangriffen besser geschützt zu sein.

Nachdem Putins Plan, wie bei der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 mit einer kurzen Militärintervention den Rücktritt der Regierung zu erpressen und eine Moskau-hörige Führung einzusetzen, gescheitert war, versucht der Kremel jetzt innenpolitisch Druck auf den ukrainischen Staatspräsidenten Wolodymyr Selenskyj aufzubauen.

Dafür hat sich der ehemalige ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch zu Wort gemeldet und Selenskyj aufgefordert, im Krieg gegen Rußland aufzugeben. „Sie persönlich sind verpflichtet, das Blutvergießen zu beenden und ein Friedensabkommen um jeden Preis zu erzielen. Das erwarten die Ukraine, der Donbaß und Rußland von Ihnen“, mahnte Janukowitsch in einem von der russischen Nachrichtenagentur RIA verbreiteten Statement, das wohl der Kremel vorformuliert hat-

te. Es gehe nicht darum, „bis zum letzten Ukrainer zu kämpfen“, heißt es in dem Schreiben weiter. Janukowitsch wurde 2014 als Präsident von pro-westlichen Demonstranten gestürzt und in der Ukraine wegen Landesverrats zu 13 Jahren Haft verurteilt.

Eine weitere Folge von Putins Angriffskrieg sind auch steigende Energiepreise in Europa, die mittlerweile Rekordhöhen erreicht haben. Auch hier drohen weitere Eskalationen, nachdem Moskau Anfang der Woche angedroht hatte, kein Gas mehr zu liefern. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck bezweifelte allerdings, daß Rußland seine Drohung wahr macht, die Gaslieferungen über die Ostsee-Pipeline Nord Stream 1 einzustellen. „Ich rechne nicht damit, weil Rußland wissen muß: Wenn sie das tun, dann sind sie ein unzuverlässiger Lieferant!“, sagte der Grünen-Politiker gegenüber den TV-Sendern RTL und ntv. Denn dann werde Europa auch nach einer späteren Deeskalation der Lage nicht wieder als Kunde zurückkommen.

Auch die Weltbank versucht die Ukraine zu unterstützen und hat die Notfall-Kreditlinien für das Land aufgestockt. Das Paket aus Darlehen und Zuschüssen umfasse einen Zusatzkredit in Höhe von 350 Millionen Dollar zu einem früheren Weltbankdarlehen, das durch Garantien der Niederlande und Schwedens um etwa 139 Millionen Dollar aufgestockt werde, teilt die Bank mit. Hinzu kommen Zuschüsse in Höhe von 134 Millionen Dollar von Großbritannien, Dänemark, Lettland, Litauen und Island sowie weitere 100 Millionen von Japan. Derzeit werde an einem weiteren Hilfspaket in Höhe von drei Milliarden Dollar für die Ukraine und für die Nachbarländer als Hilfen für Geflüchtete gearbeitet. Torsten Fricke